

In Hans Maiers Arbeitszimmer in München stand ein Klavier. Mit der Allgewalt der Harmonien war er als Organist durch innige Übung vertraut. Vielleicht fürchtete er eben deshalb den Disput in Politik, Wissenschaft und Kirchengremien so wenig. Foto Finn Winkler

Freiheit oder Christsozialismus

Hans Maier entdeckte die christliche Demokratie und praktizierte sie, an Normen orientiert, auf Vielfalt eingestellt. Diesem politischen Gelehrten war Gemeinschaftskult unheimlich und Freundschaft mit Andersglaubenden teuer.

Von Friedrich Wilhelm Graf

Insgeheim habe ich Martin Heidegger immer wieder mit meinem Großvater verglichen, der 1957 verstorben war. Warum hatte der Landwirt August Klingler, ein Mann von einfachster Schulbildung, sich über die Nazis nie getäuscht, während der große Philosoph sich zumindest 1933, aber auch noch später grotesken Illusionen hingegeben hatte? Jedenfalls: Aus der Berührung mit der Person und dem Weg Martin Heideggers rührt mein abgründiges, lebenslang anhaltendes Misstrauen gegen die politische Urteilskraft von Intellektuellen und Gelehrten.“ In „Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931ff.“, seinem schönsten Buch, legte Hans Maier 2011 Rechenschaft über sein Leben ab.

Seiner singulären Rolle unter Deutschlands Intellektuellen seiner Generation war der Autor sich bewusst. Ein anspruchsvolle Konzerte gebender Organist, der als Kultusminister von 1970 bis 1986 das bayerische Bildungswesen erfolgreich reformierte; ein ideenhistorisch arbeitender Politikwissenschaftler, der zugleich ein einflussreicher Kirchenpolitiker war; ein Homme de Lettres, der einen engen Austausch mit Dichtern, Komponisten, Dirigenten und bildenden Künstlern pflegte, aber die eitle Selbstüberschätzung der Kreativgenies in Wissenschaft und Kunst verachtete – ein anderer Gelehrter dieser ganz eigenen Art findet sich in seiner Generation nicht.

Hans Maier, geboren 1931 in Freiburg und stark geprägt durch traumatisierende Leidenserfahrungen in der NS-Diktatur, wusste, dass es in seiner Alterskohorte bedeutendere Denker als ihn selbst gab. In Ernst Tugendhat, den er gemeinsam mit Michael Theunissen schon im Studium kennen- und schätzen gelernt hatte, sah er den bedeutendsten deutschsprachigen Philosophen seiner „Stillen Generation“; darin stimmte er mit dem zwei Jahre älteren Jürgen Habermas überein, der wie Maier am 18. Juni Geburtstag feierte. Dennoch verstand Maier sich als lebendes Dementi der alten kulturkämpferischen Rede von der geistigen Inferiorität der Katholiken. Als ein dezidiert katholischer Intellektueller pflegte er eine für denkende Geistesmenschen seltene Tugend: Der erste Akademiker in seiner bäuerlichen alemannischen Großfamilie lebte trotz manchem Stolz auf seine Leistungen fromme Demut.

Schon in jungen Jahren hatte Maier seinen Vater verloren. Beim Bombenangriff der Royal Air Force auf Freiburg im November 1944 wurden der dreizehnjährige Gymnasiast und seine Schwester verschüttet, aber von Nachbarn aus den Trümmern ausgegraben. Das hat ihn für Kontingenz sensibilisiert. Die Auseinandersetzung mit den Totalitarismen des zwanzigsten Jahrhunderts, die er als antichristliche „politische Religionen“ deutete, wurde zu einem zentralen Thema. Maier studierte in Freiburg, München und Paris Geschichte, Germanistik, Romanistik und Philosophie. Wichtige Lehrer waren der Mediävist Gerd Tellenbach, der lutherisch-konservative Historiker Gerhard Ritter und der liberal-katholische Münchner Neuzeithistoriker Franz Schnabel. Aber er reiste auch nach Basel zu Karl Jaspers und Karl Barth, dessen fromme Arroganz ihn erschreckte, sowie nach Frankfurt zu Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Besonders stark faszinierte ihn der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser, ein Protestant mit jüdischen Vorfahren, den der Student als „einen Mann von großer Liberalität und erstaunlichem Einfühlungsvermögen“ kennenlernte.

Wichtiger, intellektuell folgenreicher wurden die Gesprächsabende mit Altersgleichen auch aus anderen Fakultäten, die oft ganz andere politische Ansichten hatten als der CDU-nahe junge Maier. Hier gewann er so unterschiedliche Juristen wie Horst Ehmke und Peter Häberle als Freunde, Ehmke auch deshalb, weil, so Meier, „er keinerlei Vorurteile gegen Katholiken hegte (in der damaligen Zeit an Universitäten noch keineswegs selbstverständlich!)“. Auch der linksliberale Sozialdemokrat Kurt Sontheimer, sein Vorgänger auf der Assistentenstelle an Bergstraessers Lehrstuhl, wurde zu einem Freund, mit dem er gern über die Anfälligkeit deutscher Intellektueller für antipluralistische, allzu harmonistische Gemeinschaftsvisionen nachdachte. Zu seinen Freunden im Kreis von Bergstraessers Schülern zählten zudem der Sozialdemokrat Alexander Schwan, der Christdemokrat Hans-Peter Schwarz und der Pfarrerssohn Dieter Oberndörfer, ein Wahlforscher. Sie alle teilten aufgrund ihrer Diktaturerfahrungen das Interesse, die neue, zunächst als fragil erlebte westdeutsche Demokratie intellektuell wie politisch praktisch zu stärken.

Nach dem Staatsexamen für das höhere Lehramt in den Fächern Geschichte, Deutsch und Französisch entschloss sich Maier dazu, an der Universität zu bleiben. In seiner starken intellektuellen Neugier suchte er auch vom Ordoliberalismus der Freiburger Ökonomen um Walter Eucken zu lernen. Seitdem betonte er den engen Zusammenhang von wirtschaftlicher und politischer Freiheit. Die Möglichkeit eines effizienten Kapitalismus ohne politische Freiheit, wie man ihn vor allem in China beobachten konnte oder wollte, stimmte ihn ratlos. Wie viele andere westliche Gelehrte hatte er erwartet, dass ökonomische Liberalisierung mit der Entstehung eines relativ freien, konkurrenzbestimmten Marktes auch zu einer freiheitlichen Transformation des politischen Systems führen werde.

Arnold Bergstraesser gilt als Begründer der „Freiburger Schule der Politikwissenschaft“, welche die Politologie als eine normativ orientierte „praktische Wissenschaft“ verstand und mit der Analyse demokratischer Institutionenordnungen das Interesse an der Förderung von Bürgerfreiheit und legitimer Verschiedenheit verknüpfte. Jede Fetischisierung von Macht lehnten die „Freiburger“ ab. Auch im Rückgriff auf Aristoteles betonten sie den Gegensatz zu bewusst nichtnormativen Konzeptionen politischer Theorie, insbesondere zu Max Webers Insistieren auf Werturteilsfreiheit und Carl Schmitts Freund-Feind-Antagonismen. Obwohl Maier Weber als „Wertrelativisten“ scharf kritisierte, unterstützte er als bayerischer Kultusminister durch Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel die Kritische Gesamtausgabe der Werke, Vorlesungen und Briefe des Soziologen. Später empfahl der Autor des „Historismus“-Artikels im „Staatslexikon“ der Görres-Gesellschaft der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, deren Mitglied er seit 2004 war, die Kritische Ernst Troeltsch-Ausgabe aus der Obhut der Heidelberger Akademie in die der Münchner Akademie zu überführen.

Maiers Dissertation „Revolution und Kirche. Studien zur Entstehungsgeschichte der christlichen Demokratie in Frankreich“, veröffentlicht 1959, wurde schnell zu einem in mehreren Auflagen und Übersetzungen verbreiteten Klassiker der modernen deutschen Ideengeschichtsschreibung. In Zeitschriften und Flugblättern der Französischen Revolutionäre hatte Maier 1957 in Paris entdeckt, dass die Ideen einer „démocratie chrétienne“ entscheidend von Rousseau beeinflusst wurden. Maier war noch im hohen Alter stolz darauf, als Doktorand die bis heute frühesten Belege für die „christliche Demokratie“ entdeckt zu haben. Er wollte in seiner Dissertation zeigen, dass der Kampf kirchentreuer Katholiken gegen die „totalitäre Demokratie“ der Jakobiner keineswegs als reaktionärer Klerikalismus zu deuten sei, sondern in sehr alten, vorrevolutionären Traditionen eines christlich inspirierten Freiheitsdenkens wurzele. Indem ein liberaler Katholizismus die staatliche Instrumentalisierung der Religion zurückwies, habe er neben den Freiheiten des *civis politicus* auch die des *civis christianus* geltend gemacht und so die freiheitsdienliche Ausdifferenzierung von staatlicher Macht und staatsfreier Gewissenssphäre befördert. Der junge Hans-Ulrich Wehler, damals Assistent bei Theodor Schieder in Köln, lobte Maiers Dissertation in höchsten Tönen.

1966 veröffentlichte Maier seine Freiburger Habilitationsschrift „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“, die 1980 in einer zweiten neu bearbeiteten und ergänzten Auflage bei C. H. Beck und dann noch einmal bei dtv erschien. „Fast zufällig“ sei er Ende der Fünfzigerjahre in der Pariser Nationalbibliothek auf den „Traité de la police“ des Polizeitheoretikers Nicolas De la Mare gestoßen, der das schnell expandierende Feld der inneren Staatstätigkeiten erstmals systematisch erfasst hatte. In einer abermals erweiterten Ausgabe, die 2009 bei Beck als Band IV der „Gesammelten Schriften“ Maiers erschien, schrieb der Autor: „1966 bewegte ich mich mit diesen Untersuchungen zur älteren ‚Policey‘ noch in einem wenig erforschten Neuland. Heute ist aus jenen ersten tastenden Versuchen ein breites Forschungsfeld geworden.“

Das zeigen nicht nur die inzwischen 25 Bände umfassenden „Studien zu Policey und Policeywissenschaft“ sowie die 21 Bände der Quellenedition „Bibliothek des deutschen Staatsdenkens“, sondern auch das große Lob, das Michael Stolleis, der führende deutschsprachige Historiker des öffentlichen Rechts, „der souveränen Studie des jungen Hans Maier“ zollte: „Die Forschung wird weitergehen und Neues zu Tage fördern. Doch wird sie dabei noch lange in den Spuren Hans Maiers wandeln, sei es differenzierend, sei es in Einzelheiten widersprechend. Aber im Ganzen wird das Buch ein dauerhafter Besitz der Wissenschaft bleiben, also ein Klassiker“, dessen Autor den Politikwissenschaftlern und Historikern über vier Jahrzehnte lang „reiche Anregungen“ gegeben und die „Jüngeren durch sein Niveau herausgefordert“ habe. Das kann man nur von sehr wenigen Habilitationsschriften sagen.

Kurz nach seiner Habilitation folgte Maier 1962 einem Ruf auf den neu eingerichteten zweiten Lehrstuhl für politische Wissenschaft im Geschwister-Scholl-Institut der Münchner Universität. Nach dem Ende seiner Amtszeit als Kultusminister wechselte er hier 1988 auf den Romano-Guardini-Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie.

1970 fand in der bayerischen Landeshauptstadt eine Jahrestagung der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands statt, auf welcher der damals dreiundvierzigjährige Regensburger Dogmatiker Joseph Ratzinger zur Frage „Demokratisierung der Kirche?“ und der vier Jahre jüngere Münchner Politologe unter der Überschrift „Ghetto der Emanzipation. Kritik der ‚demokratisierten Kirche‘“ sprachen. Ratzinger beschwor hier das nonkonformistisch Eigene und Andere der Kirche gegenüber dem Zeitgeist. Maier warf Theologen, die eine Demokratisierung der Kirche forderten, vor, zwar in höchsten Tönen von Freiheit, Emanzipation und Partizipation zu reden, sich aber auf den Alltag der real gegebenen Demokratie mit ihren Institutionen, Verfahren und rechtlichen Sicherungen nicht einzulassen. Selbst bei „Meistern wie Karl Rahner und Johann Baptist Metz“ ließen sich die „alte Tendenz zur Spiritualisierung politischer Sachverhalte“ und ein „gestörtes Institutionenbewusstsein“ beobachten. Der Theologe und der Politikwissenschaftler verstanden sich damals gut und zitierten sich wechselseitig zustimmend. Mit Hans Urs von Balthasar, Karl Lehmann und anderen gründeten sie 1972 die „Internationale Katholische Zeitschrift Communio“.

1979 nominierte die Münchner Katholisch-Theologische Fakultät Metz, den religiös sensibelsten und politisch entschiedenen linken Schüler Rahners, als Nachfolger des großen Ökumenikers Heinrich Fries. Dem Erzbischof Joseph Kardinal Ratzinger gelang es jedoch, den Kultusminister Maier davon zu überzeugen, keinen Ruf auszusprechen – zum Entsetzen vieler jüngerer Theologen der LMU. Im Nachhinein hat Maier es bedauert, sich damals dem Druck aus dem Bischofspalais in der Kardinal-Döpfner-Straße gebeugt zu haben. Einerseits hielt er an seiner schon 1970 formulierten Kritik fest, dass Metz’ Rede von einer „Politischen Theologie“ naiv sei – der Begriff sei durch Carl Schmitt ein für alle Mal diskreditiert. Andererseits nahm er die Lernbereitschaft des Münsteraner Fundamentaltheologen wahr, der nach der Lektüre von Maiers Kritik nun konsequent eine „*Neue* Politische Theologie“ einklagte. Dessen „Memoria passionis“ hielt er, wie er nach dem Tod von Metz 2019 sagte, für eines der gewichtigsten theologischen Bücher seiner Generation.

In einer Neuauflage von „Demokratie in der Kirche“ wurden 2000 elementare Differenzen zwischen Maier und Ratzinger sichtbar: Der Präfekt der Glaubenskongregation beklagte nun, dass im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, also dem obersten Repräsentationsorgan der katholischen „Laien“, „eine immer stärkere Verschmelzung mit der Politik“ zu beobachten sei, „die meisten Vorsitzenden des ZdK in den letzten dreißig Jahren waren bzw. sind aktive Länderminister“. So verschwimme „die Grenze zwischen den spezifischen Formen des politischen Handelns und dem Zeugnis des Glaubens“. Das richtete sich gegen Maier, der ab 1976 zwölf Jahre lang als Präsident des Zentralkomitees amtierte. In einem Beitrag in der F.A.Z. empfahl Maier kurz vor Weihnachten des Jahres 2000 der römischen Kurie die Einführung kollegialer Regierungsstrukturen, also ein Lernen vom Kabinettprinzip.

Zum offenen Bruch kam es Ende der Neunzigerjahre mit Blick auf die Schwangerschaftskonfliktberatung. Eine Minderheit der deutschen Katholiken lehnte die Mitwirkung der Kirchen beim Aufbau von Beratungsstellen ab und fand damit in Rom Resonanz. Als er hörte, dass den deutschen Bischöfen die Mitwirkung im gesetzlichen System der Schwangerschaftskonfliktberatung verboten werden solle, warnte Maier Ratzinger brieflich vor einem solchen Schritt, werde so doch eine „Schmerzgrenze“ überschritten. „Eine Antwort erhielt ich nicht“, schreibt Maier in seiner Autobiographie. Bei einer Tagung in Paris führte ein zorniger Ratzinger „den Widerstand gegen die päpstlichen Regelungen auf Glaubensschwäche, ja Glaubenslosigkeit zurück“. Der fromme, vielfältig in seiner Kirche engagierte Maier fragte daraufhin, „warum Rom die Fristenregelungen in aller Welt offensichtlich ohne besonderen Widerstand hinnehme – sich aber geradezu zornig gegen ein Land wende, in dem Abtreibung ausdrücklich als Unrecht bezeichnet werde und wo man versuche, dem Schwangerschaftsabbruch durch Beratung einen Riegel vorzuschieben“. Ratzingers wörtliche Antwort: „Da sind wir nicht involviert.“

Das hat Maier entsetzt: „Ich war empört und deutete an, das hielte ich für die Antwort des Pilatus.“ Seine Frau und er beteiligten sich deshalb 1999 an der Gründung von „Donum vitae“, einem Verein katholischer Laien, die in ihren Beratungsstellen für das Lebensrecht Ungeborener werben und schwangeren Frauen Unterstützung zukommen lassen wollten. Dass die deutschen Bischöfe 2006, im Jahr nach der Wahl Ratzingers ins Amt des Papstes, unter römischem Druck erklärten, „Donum vitae“ stehe „außerhalb der katholischen Kirche“, hat Maier als Beleidigung empfunden. Im Gespräch mit dem politisch linken, protestantisch sozialisierten Kunsthistoriker Willibald Sauerländer, der Ratzingers Jesus-Bücher als „ungenießbar süsslich“ bezeichnete, nannte er den deutschen Papst „Pilatus auf der cathedra Petri“. Der Regensburger Bischof sorgte dafür, dass Maier seine Autobiographie nicht in kirchlichen Räumen der Diözese vorstellen durfte. Mit wunderbar störrischem Eigensinn und zornigem Trotz hielt er dennoch an seinem Ideal vom Katholizismus als Bildungsreligion fest. Der Autor von „Weihnachtsmeditationen“ sah in einem unfanatischen Christentum das stärkste Bollwerk gegen jede Ideologisierung des Politischen.

Hans Maier war ein gläubiger Mensch von außergewöhnlicher moralischer Ernsthaftigkeit und intellektueller Redlichkeit. Er verachtete reflexionsfernes Gerede ungebildeter Schwätzer auf Lehrstühlen. Als ich in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften einmal zu ihm sagte, dass deutsche Professoren in aller traurigen Regel widerlich feige seien, gab er mir recht. Er selbst war mutig und scheute keinen argumentativen Streit. Der Meister empathischer Kommunikation wusste sich mit ganz unterschiedlich Denkenden auszutauschen. Politisch konservativ, trat er im Reich des Geistes entschieden für Freiheit und Pluralität ein.

Er war befreundet mit Martin Walser, Hermann Lenz und Reiner Kunze. Aber der Organist mit höchster technischer Kompetenz selbst an schwierig zu spielenden Orgeln schätzte auch Heinrich Böll und Marie Luise Fleißer. Der Austausch mit polnischen Intellektuellen wie Leszek Kołakowski, Władysław Bartoszewski und Marian Szyrocki war ihm wichtig. Dank seiner vielfältigen Kontakte zu jüngeren Gelehrten und Künstlern wurde der langjährige Vertrauensdozent der Studienstiftung im Alter nicht einsam. Doch die wachsende innere Distanz zu seiner Partei, der CSU, stimmte ihn traurig. Eigenreklame mit wechselnden Schnellmahlzeiten statt christlich inspirierter politischer Gradlinigkeit war ihm ein Graus. Zugleich wusste der Autor eines vielgelesenen Buches über „Die christliche Zeitrechnung“: „Die Zeit nach dem Beruf, nach der Öffentlichkeit ist die schönste Zeit im Leben. Schade, dass sie auch die letzte ist.“

Friedrich Wilhelm Graf ist emeritierter Professor für Evangelische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



Heute im E-Paper

Es wird der Krieger: Der Kult um den Dichter Hermann Löns

Ein Geistessieger: Eine Ehrung für den Theologen Eilert Herms

Nicht mehr Diener

Was ist gegen Rassismus gegen Asiaten zu tun?

Neuerliche Abreise: Schmerz und Frustration darüber, eine Differenz leben zu müssen, die keinen Namen und gleichzeitig bereits zu viele Namen hat. Marginalität: Wer benennt? Wessen Ränder? Ein Anderswo, das nicht einfach außerhalb des Zentrums liegt.“ So schrieb die aus Vietnam gebürtige, in den Vereinigten Staaten arbeitende Filmemacherin, Autorin und Komponistin Trinh T. Minh-ha über ihr Leben zwischen den Welten. Die Vereinigten Staaten verstehen sich immerhin seit jeher als Einwanderungsland. Wie müssen sich im Vergleich dazu Mitglieder asiatischer Diasporagruppen in Deutschland fühlen? Dieser Frage hat der Koreanist Kien Nghi Ha, Mitarbeiter am Asien-Orient-Institut der Universität Tübingen, jetzt in dem Sammelband „Rassismusforschung II: Rassismen, Communitys und antirassistische Bewegungen“ (Transcript), als dessen Herausgeber der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor firmiert, einen klugen Aufsatz gewidmet. Der Aufsatztitel kündigt die These an: „Zur kolonialen Matrix des anti-Asiatischen Rassismus: ‚Gelbe Gefahr‘, Unsichtbarkeit und Exotisierung“.

Mit Blick auf die Dialektik der Fremd- und Selbstwahrnehmung plädiert Ha für „Asiatische Deutsche“ (mit großem A) als Selbstbezeichnung; ein von ihm herausgegebenes Buch dieses Titels wurde am 27. August 2012 in der F.A.Z. besprochen. Antiasiatischer Rassismus, der als Sinophobie begann, sei ein kolonialrassistisches Phänomen, das in Deutschland erst nach mehr als hundert Jahren einen Namen erhalten habe. Ha resümiert den Wandel im Chinabild. Dem Bild hoher Moral und erleuchteter Herrschaft der Aufklärer Leibniz und Voltaire und dem Import von Chinoiserien, die zugleich der Selbstinszenierung europäischer Machtzentren dienten, folgte Chinas Abstieg im Geschichtsbild. Für Herder und Hegel war China ein Reich ewigen Stillstands. Marx und Engels wollten mit dem Theorem der „asiatischen Produktionsweise“ die in ökonomischen Kennziffern messbare Rückständigkeit Chinas und Indiens erklären. Anthropologen normalisierten Rassenmodelle wie die den Chinesen attestierten Charakterzüge der Doppelzüngigkeit. Nach ungleichen Verträgen des Königreichs Preußen mit China besetzte das Deutsche Reich von 1898 bis 1914 die Kiautschou-Bucht. Ha entlarvt nationalistischen Rassismus wie in der zur Genüge bekannten „Hunnenrede“ Wilhelms II., behauptet aber, dass es diesen auch in einer linken Variante gegeben habe: So habe die SPD zeitweise eine „sozialistische Kolonialpolitik“ propagiert. Die „Gelbe Gefahr“ vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts erfuhr in der Corona-Pandemie eine traurige Aktualisierung.

In der Liebe von Medien und Populärkultur zu Stereotypen sieht Kien Nghi Ha die Voraussetzung für das Fortschleppen kolonialistischer Denkweisen. Das Klischee vom „asiatischen Nerd“ als fleißigen Maschinenmenschen stellt in seiner Deutung keine Bedrohung weißer Männer dar, fungiert er doch als Handlanger und Untergebener, also im Grunde immer noch als Diener, die Grundfigur kolonialer Asymmetrie. In der Sozialforschung ist analog zur „Glasdecke“ für Frauen von der „Bambusdecke“ für qualifizierte Asiaten die Rede.Zwei Motive dominieren Ha zufolge die mediale Berichterstattung zur Immigration: Kriminalität und volkswirtschaftliche Konkurrenz. Die Kosten-Nutzen-Rechnungen, die dabei offen oder verdeckt angestellt werden, nimmt Ha ideologiekritisch auseinander. Von den Boatpeople, die aus dem kommunistischen Vietnam flohen, konnte man sich auch deshalb einen Nutzen für die Bundesrepublik versprechen, weil sie den Bankrott des sozialistischen Systems zu beweisen schienen. Ihre enthusiastische Aufnahme deutet Ha als „nachträgliche Rechtfertigung der Kolonialkriege in Vietnam“. Die heutigen Bootsflüchtlinge im Mittelmeer haben keinen solchen Mehrwert an Bord.

In den Neunzigern las man von der „vietnamesischen Zigarettenmafia“, zwanzig Jahre später vom „vietnamesischen Bildungswunder“. In der Sarrazin-Debatte wurden asiatische Vorzeigeminoritäten und muslimische Minderheiten gegeneinander ausgespielt. Ha gibt zu bedenken, dass sich Bildungserfolg als funktionales Äquivalent von Devianz betrachten lasse, als Überlebensstrategie in einer diskriminierenden Umwelt. Wie schnell positive Bilder in ihr Gegenteil umschlagen, zeigte sich in der Pandemie. Gegennarrative boten zivilgesellschaftliche Initiativen mit Namen und Losungen wie „korientation“ oder „ichbinkeinvirus.org“. Im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, den das Bundesministerium des Innern 2017 publizierte, ist antiasiatischer Rassismus kein Thema: Maßnahmenpakete gegen ein unbenanntes Problem können nicht geschnürt werden. Asiatischen Deutschen mangelt es nach Has Diagnose an der Anerkennung als vulnerabler Gruppe. Sie sehen sich mit Insensibilität konfrontiert, ihre Bedürfnisse werden übersehen. Ha ruft asiatisch-deutsche Organisationen deshalb auf, sichtbarer zu agieren: Sie sollen Druck auf die Institutionen ausüben, um Zuschreibungen des Marginalen zu einem antirassistischen Mainstream umzugestalten.

STEFFEN GNAM

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine ARCHIV